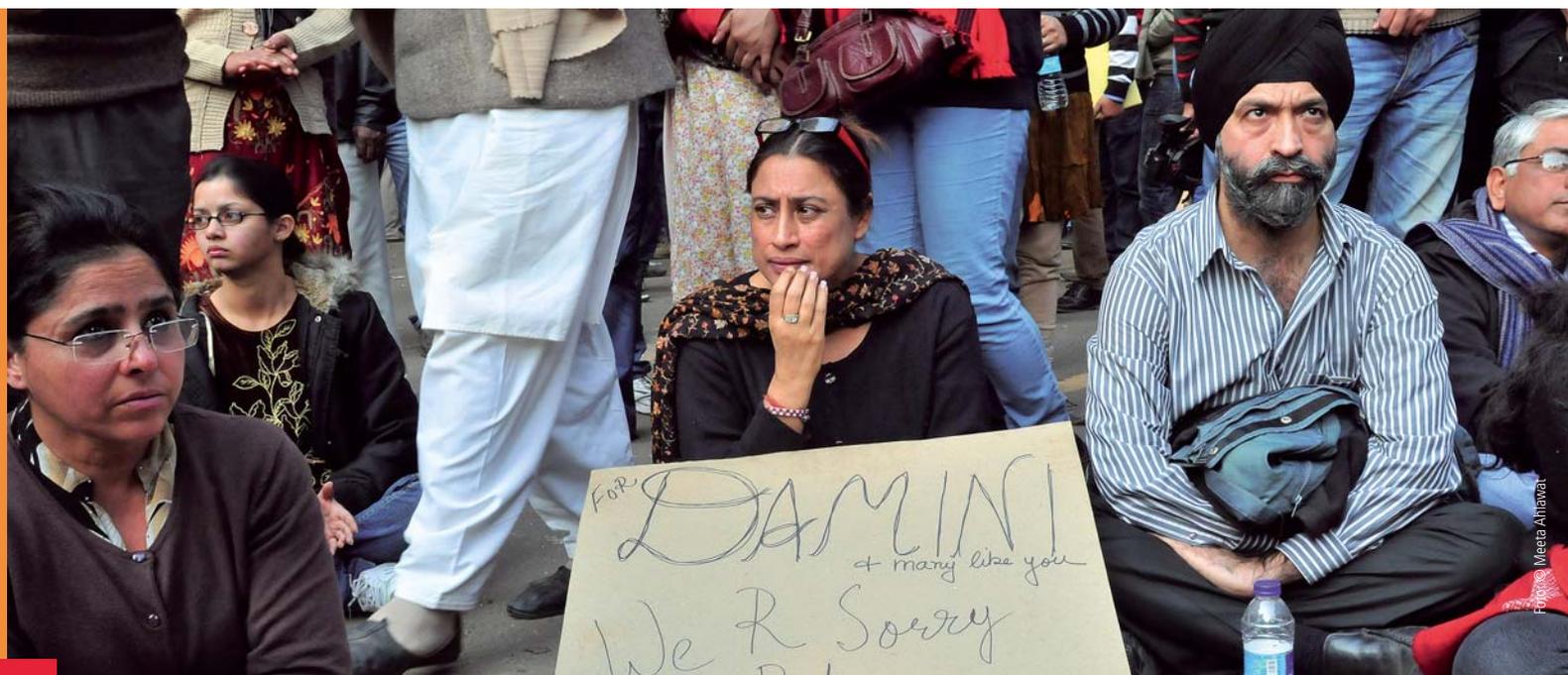




NEWSLETTER I/2013

NORD|SÜD *news*



Frauen zwischen Prekarität und Gewalt: Indien

Die studierten Hausfrauen

Mangelnde Bildung der Frauen ist heute nicht mehr der Grund dafür, dass Männer den Arbeitsmarkt in Indien dominieren. Zu viele Frauen haben Angst, das Haus zu verlassen.

Die bestialische Vergewaltigung einer Studentin in Neu Delhi sorgte im Dezember für Proteste in ganz Indien. Die Demonstranten forderten ein Ende der Gewalt, die ein Mittel zur Einschüchterung von Frauen ist, die sich ein modernes Leben erkämpfen. In den Städten gibt es dieses Leben schon: Mädchen und Frauen tragen Jeans, studieren, sie gehen arbeiten und verdienen ihr eigenes Geld. Teile der Gesellschaft akzeptieren das. Aber andere fühlen sich provoziert. Das führt zu einer fatalen Grundstimmung. So kann niemand mehr behaupten, dass mangelnde Bildung der

Grund dafür ist, dass zu wenige Frauen einer normalen Erwerbsarbeit nachgehen – viele haben schlicht Angst, das Haus zu verlassen.

„Immer mehr Frauen streben Bildung und höhere Abschlüsse an“, sagt Arbeitsminister Mallikarjun Kharge. Während aber in Indiens Nachbarstaaten Pakistan und Bangladesch der Anteil der Frauen steigt, die erwerbstätig sind, ist er in Indien rückläufig.

Etwas stimmt also nicht in diesem Land, das sich so gern modern gibt. Selbst für gut gebildete Frauen gilt immer noch das ungeschriebene Gesetz, dass sie nur arbeiten sollen, wenn sie so viel verdienen wie ihre Männer. Dies ist aber wie in vielen Ländern nur selten der Fall. Und damit nicht genug: Govind Kelkar vom Institut für

Weiter auf Seite 2



Inhalt

Titel

- | Indien: Die studierten Hausfrauen S. 1–2

Kommentiert

- | Brutalität gegen Frauen: Sexuelle Gewalt in Indien – Chancen zur Veränderung? S. 2
- Frauen zwischen Prekarität und Gewalt
- | Indien: „Die Eheschließung war Teil meines Problems“ (Interview) S. 3
- | Die Lage weltweit: Die Krise trifft Frauen besonders S. 4
- | Jordanien: Das Wort des Hausherrn zählt S. 5
- | Türkei: Ganz oben und ganz unten S. 6

Aus Projekten und Kampagnen

- | Türkei: Gewerkschafter wehren sich gegen die dunkle DHL-Seite S. 7

Notiert

- | Gewerkschaften für Foxconn; Filmtipp „No“; Weltweit 23,4 Millionen Hausangestellte arbeiten ohne freien Tag; Betatschen, Vergewaltigen, Kündigen; Gewerkschaftsfreie Bananen garantiert Impressum S. 8

Fortsetzung von Seite 1



Kommentiert: Brutalität gegen Frauen

ländliche Entwicklung hat als junge Professorin erlebt, dass ein zum Diktat gerufener Sekretär sich weigerte mitzuschreiben. Von einer Frau lasse er sich nichts diktieren. Dieser Vorfall ist zehn Jahre her, geändert hat sich seither nicht viel. Dabei gibt es in Indien längst auch Frauen in politischen Machtpositionen, etwa Sonia Gandhi, die Vorsitzende der regierenden Kongress-Partei. Doch die Männer wollen sich nicht daran gewöhnen. Sie machen ihrem Unmut nicht selten durch diskriminierende Äußerungen und sexuelle Belästigung Luft.

Laut Richa Hingorani von der Self Employed Women Association (SEWA) kommen sexuelle Übergriffe überall vor, auf Baustellen wie im Bankwesen. Nur selten setzten sich Frauen dagegen zur Wehr, auch weil es so schwierig sei – selbst mit einer mächtigen Gewerkschaft wie SEWA mit 1,7 Millionen Mitgliedern im Rücken. Und wenn sie doch einmal Forderungen erhöhen, träten Frauen eher für eine Angleichung der Gehälter ein – was die Gewerkschaft schon als einen Erfolg verbucht.

Auf dem Land komme noch ein anderes Problem hinzu: Oft betrachten Frauen selbst ihre Arbeit nicht als Beruf, etwa wenn sie sich mit Nähen etwas dazuverdienen. Denn die Tradition ordnet solche Arbeiten lediglich als Teil der Haushaltstätigkeit ein. Auch wenn Frauen auf dem Feld arbeiten, gilt das nicht als Erwerbstätigkeit. Denn Landeigentümer ist in der Regel der Ehemann, der sich als Familienernährer sieht.

Auch im urbanen Indien müssen viele Frauen zuerst den Haushalt der Großfamilie versorgen, bevor sie ihrem Beruf nachgehen dürfen. Spätestens wenn sie Kinder haben, müssen sie sich vorwerfen lassen, schlechte Mütter zu sein, wenn der Nachwuchs ab und zu von der Maid oder Großmutter betreut wird. So ist es üblich, dass auch Frauen mit Universitätsabschluss nur arbeiten, solange sie kinderlos sind. Viele gehen gar nicht erst auf Jobsuche. „Gute Bildung“, sagte Richa Hingorani, „erhöht nicht nur die Aussicht auf einen Job, sie erhöht auch die Chance, einen guten Ehemann zu finden“.

Vor diesem Hintergrund ist es schwer, Frauen dazu zu bewegen, sich gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz zu wehren. Hier hat SEWA noch ein hartes Stück Arbeit vor sich.

Imke Vidal



Die Journalistin lebt in Neu Delhi und schreibt für die „Zeit“.



Weitere Infos über die Frauengewerkschaft SEWA: www.sewa.org

Sexuelle Gewalt in Indien – Chancen zur Veränderung?

Die Frauen in Indien können internationale Unterstützung gut gebrauchen – wenn sie nicht als schlichte Propagierung westlicher Werte daher kommt.

Tag für Tag werden Frauen in Indien Opfer sexueller Gewalt, nahezu niemals finden sie Gehör, geschweige denn Gerechtigkeit. Die Täter können bislang von Straffreiheit ausgehen. Selbst im Parlament sitzen der Vergewaltigung beschuldigte Abgeordnete. Die Opfer gehören überwiegend nicht der Mittel- oder Oberschicht an, und über Gewalt gegen Wanderarbeiterinnen und Frauen aus den unteren Kasten und Schichten spricht schon gar keiner. Stimmt das noch? Nach der brutalen Gruppenvergewaltigung einer Studentin im Dezember in Delhi gingen die Menschen massenhaft auf die Straße. Die Polizei sieht sich unter Legitimationsdruck, sie verfolgt derzeit so viele Vorfälle sexueller Gewalt wie nie zuvor. Die Regierung hat Schnellgerichte eingesetzt und erste Gesetzesänderungen erlassen.

Die Debatte, die es jetzt gibt, ist ein Fortschritt. Einerseits kommt Unglaubliches zu Tage. Ein spiritueller Führer erklärte, die vergewaltigte Frau hätte sich vor ihren Peinigern auf den Boden werfen und sie „Brüder“ nennen müssen, dann wäre ihr nichts geschehen. Vor Schulen wurden hastig Plakate aufgestellt, die Mädchen anhalten sollen, nach der Schule direkt nach Hause zu gehen. Viele Äußerungen führender Politiker sind ein ungewolltes Zeugnis des patriarchalen Mindsets in der indischen Gesellschaft. Andererseits beginnt eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den tief wurzelnden patriarchalen Familienstruk-

turen, in denen ein neugeborenes Mädchen eine ökonomische Last ist. Ihre Verheiratung kann die Familie wegen der Mitgiftforderungen („dowry“) der Familie des Ehemannes in die Armut treiben. Dies ist die Wurzel der Tötung neugeborener Mädchen oder der geschlechtsspezifischen Abtreibung. Es ist die Wurzel der früheren Witwenverbrennungen und der Kerosinattacken auf Ehefrauen, deren Familie die Mitgift-Nachforderungen nicht erfüllt. Es ist die Wurzel einer Haltung, die die Frau allenfalls im Rahmen ihrer Rolle als Mutter, Tochter, Schwester achtet.

Für eine nachhaltige Veränderung aber ist entscheidend, ob die vor allem von der Mittelschicht getragene Bewegung eine stabile Verbindung zur armen Bevölkerungsmehrheit findet. Diese hat ein eher konservatives Bild von Geschlechterbeziehungen. Die Frauen teilen die alltägliche Furcht vor Übergriffen mit den Frauen der oberen Mittelschicht – nicht jedoch deren oft westlich geprägte Vorstellungen. Solange die Mittelschicht-Aktivistinnen eher verächtlich, bestenfalls mitleidig auf ihre armen Schwestern herab blicken, besteht das Risiko, dass die Bewegung an Momentum verliert. Können die indischen Gewerkschaften zu diesem Brückenbau beitragen? Es würde dem Anliegen und ihrer Reputation nützen. Sie sind allerdings sehr männliche Gewerkschaften und scheinen noch weit davon entfernt, eine aktive Rolle zu spielen. Im gewerkschaftlichen Spektrum könnte allenfalls die Self Employed Women Association (SEWA) das Zeug hierzu haben.

So viel steht aber schon fest: Die auch internationalen Reaktionen tragen dazu bei, dass die Regierung nicht so schnell zur Tagesordnung übergehen kann. Die Politik-Elite setzt alles daran, einen anerkannten Platz auf der Bühne des Weltgeschehens zu besetzen – da stört das Bild eines brutalen, Frauen verachtenden Indiens. Eine kluge Wachsamkeit der internationalen Zivilgesellschaft kann helfen. Sie sollte jede belehrende Haltung und den Eindruck vermeiden, lediglich westliche Vorstellungen propagieren zu wollen – und die noch immer bestehenden genderspezifischen Herausforderungen bei sich zu Hause nicht verschweigen.

Ulrich Meinecke



Der Kommentator ist ver.di-Mitglied und lebt seit 2009 in Indien.

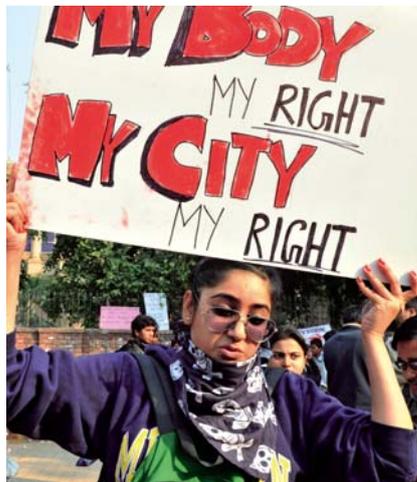


Foto: © Meeta Ahlawat

„Ein Fortschritt“: Protest in Delhi



„Die Eheschließung war Teil meines Problems“

Frauen müssen sich weiterbilden können, sonst werden sie in den informellen Sektor gezwungen, sagt Shanta Koshti von der indischen Frauengewerkschaft SEWA. Sie selbst hat als Zigarettdreherin gearbeitet.

Nord-Süd-Netz: Die Frauengewerkschaft SEWA wurde in Gujarat gegründet, einem der Bundesstaaten Indiens, in dem die Industrialisierung am weitesten fortgeschritten ist. Warum arbeiten die meisten Frauen trotzdem nur als Tagelöhnerinnen?

Shanta Koshti: Mangelnde Bildung und unzureichende finanzielle Unterstützung zwingen die Frauen in den informellen Sektor.

Sie selbst haben die Schule abgeschlossen, aber mussten sich anschließend auch mit Zigarettdrehen durchschlagen. „Bidis“ werden die Zigaretten genannt und die Dreherinnen „Bidi-Arbeiterin“. Wieso haben Sie keinen anderen Job bekommen?



Shanta Koshti redet

Ich habe gleich nach Ende der Schulzeit geheiratet. Aufgrund der finanziellen Situation meiner Familie konnte ich mich nicht weiterbilden. Die finanzielle Lage zwang mich dann, auch gleich eine Arbeit aufzunehmen.

Die Eheschließung war Teil des Problems?

Ja, das war sie.

Heute koordinieren Sie die SEWA-Akademie, kümmern sich also um die Ausbildung der Mitar-



„Die Gewerkschaft – ein Schlüssel zum Wandel“ – Shanta Kosthis Publikum

beiter der Gewerkschaft. Wie haben Sie es geschafft, aus der Bidi-Arbeit herauszukommen?

Mitarbeiter von SEWA kamen in unseren Bezirk und stellten ihre Arbeit vor. Das weckte mein Interesse. Ich hatte das Gefühl, die Gewerkschaft könne der Schlüssel sein zu einem Wandel.

Und dann wurde es auch ein persönlicher Wandel?

Nun, ich besuchte verschiedene Treffen und brachte es im Laufe der Zeit in eine führende Position. 1988 plante SEWA dann eine Studie zur Gesundheit der Heimarbeiterinnen. Ich wurde für die Basisforschung ausgewählt und erhielt eine gesonderte Ausbildung. Ich lernte, wie Studien erhoben werden und wie man sie auswertet. Die SEWA-Akademie wurde 1990 gegründet und ich 2002 zur Koordinatorin ernannt.

Als Bidi-Arbeiterin waren Sie selbst Teil des informellen Sektors. Haben Sie damals von zuhause aus gearbeitet?

Ja, schon meine Schwiegermutter arbeitete als Bidi-Arbeiterin. Sie hatte keinen Schulabschluss und damit keine andere Wahl. Von ihr lernte ich das Bidi-Drehen. Ich unterstützte sie bei ihrer Arbeit.

Bidis sind die billigsten Zigaretten in Indien – wie viel Geld haben Sie damals verdient?

Zu zweit haben wir am Tag etwa 500 Bidis gedreht. Für 1.000 Bidis bekommt man 10 Rupien. An einem Tag haben wir also 5 Rupis verdient.

Das sind umgerechnet nur sechs Cent. Seit Sie die SEWA Akademie leiten, verdienen Sie besser,

müssen zur Arbeit aber täglich ins Büro. Hat das zu Konflikten in Ihrer Familie geführt?

Ich hatte Glück, dass meine Schwiegereltern das nicht zum Problem gemacht haben. Viele Schwiegereltern würden es nicht zulassen, dass die Ehefrau des Sohnes täglich das Haus verlässt.

So ist es weiterhin schwierig für Frauen, eine Alternative zur Heimarbeit zu finden?

Ob man eine andere Arbeit findet, hängt vor allem von der Ausbildung ab. Der Schulabschluss allein reicht nicht, um einen Job zu bekommen. Wer zusätzlich einen Computerkurs macht, kann einen Job als Sekretärin oder in einer kleinen Firma bekommen. Ansonsten ist es sehr schwer. Oft fehlt die nötige Bildungsgrundlage. Wenn die Familie dann keine weitere Ausbildung finanzieren kann, bleibt nur die Arbeit als Tagelöhner.

Würden Sie ihre Kinder Bidis drehen lassen?

Meine eigene Tochter ist keine Bidi-Arbeiterin geworden, denn sie ist gut ausgebildet. Sie wird Buchhalterin und hat gerade ihre Prüfung abgelegt. Sie ist verheiratet und hat einen Sohn.

Das Interview führte Imke Vidal in Neu Delhi.

SEWA

Die Self Employed Women Association (SEWA) ist eine Frauengewerkschaft, die sich in Indien um Tagelöhnerinnen kümmert. Gerade erst wurde SEWA-Gründerin Ela Bhatt mit dem Indira Gandhi-Friedenspreis für ihr Lebenswerk geehrt. Die 48-jährige Shanta Koshti hat den Fortschritt, den SEWA vielen Frauen bietet, am eigenen Leib erfahren: Sie hat bei SEWA Karriere gemacht, nachdem sie einmal als Heimarbeiterin angefangen hatte. Heute ist sie Koordinatorin der SEWA-Academy, die sich um Aus- und Fortbildung der SEWA-Mitarbeiter kümmert.



Krise trifft Frauen besonders

Lange sah es so aus, als gäbe es bei der Arbeitslosenquote kaum noch Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Das ändert sich jetzt. Allerdings lohnt der Blick von Region zu Region.

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat Frauen stärker getroffen als Männer. Nachdem sich die weltweiten Arbeitslosenquoten der Geschlechter in den Jahren zuvor auf ein halbes Prozent angenähert hatten, drehte sich der Trend im Jahr 2008 um. Insgesamt gingen 29 Millionen Jobs verloren – und noch immer hat sich der internationale Arbeitsmarkt von den Einbrüchen nicht erholt. Heute liegt die Arbeitslosigkeit weltweit offiziell für Frauen bei 6,4 Prozent und bei Männern bei 5,7 Prozent. Das geht aus einer aktuellen Studie der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hervor.

Allerdings gab es auch Länder, in denen die Entwicklung anders verlief. In Spanien kollabierte die Bauindustrie, und so wurde dort weitaus mehr Männern gekündigt. Dagegen müssen sich immer mehr weibliche Beschäftigte mit einer Teilzeitstelle zufrieden geben. In Ostasien – insbesondere in China – leiden Männer schon seit Anfang des Jahrtausends stärker unter Arbeitslosigkeit. Die Krise hat auch dort dagegen Frauen stärker getroffen, was wohl vor allem daran liegt, dass viele von ihnen in exportorientierten Fabriken arbeiten. Sich beim Thema „Arbeit und Geschlecht“ in erster Linie auf unterschiedliche Arbeitslosenquoten zu fixieren, macht in vielen Weltgegenden jedoch nur wenig Sinn. In der arabischen Welt beispielsweise sind weniger als 20 Prozent der

weiblichen Bevölkerung erwerbstätig. Auch die Millionen afrikanischer und asiatischer Frauen, die täglich Stunden damit zubringen, Wasser und Holz über viele Kilometer heranzuschleppen, „arbeiten“ nach offizieller Definition nicht, weil



Harte, aber lebenswichtige Arbeit: Ruanderinnen bekämpfen die Bodenerosion, indem sie Terrassen anlegen

sie damit kein Geld verdienen. „Es ist notwendig, die Anstrengungen in puncto Infrastruktur und öffentlicher Dienste wie Transport, Elektrizitäts- und Wasserversorgung zu vergrößern, damit sich die Arbeitsmarktbedingungen von Frauen verbessern“, sagt die Direktorin der UN-Frauenorganisation, Michelle Bachelet. Die Krise könne eine Chance sein, eingefahrene gesellschaftliche Strukturen aufzubrechen.

Dazu gehören geringere Ausbildungs- und Berufswahlmöglichkeiten für Mädchen und die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im Alltag. Weltweit leisten Frauen mehr Hausarbeit als Männer – egal ob sie erwerbstätig sind oder nicht. Während die Unterschiede in Kambodscha aber beispielsweise relativ gering sind, bleibt in Guinea fast alles an den Frauen hängen. Natürlich spielt die Kinderbetreuung eine zentrale Rolle dabei, welche Chancen Frauen auf dem Arbeitsmarkt haben. Nachdem beispielsweise in Kolumbien und Mexiko Tagesmütterprogramme eingeführt wurden, stieg die Erwerbsarbeit unter Frauen sprunghaft an.

Zwar sank die Zahl der Bäuerinnen und Landarbeiterinnen in den letzten beiden Jahrzehnten deutlich. Doch noch immer verdient über ein

Drittel der Frauen weltweit den Lebensunterhalt auf Acker und Feld. Jede zweite ist inzwischen im Dienstleistungssektor unterwegs und 16 Prozent arbeiten in der Industrie. Allerdings ist die Verteilung der Tätigkeiten in verschiedenen Weltgegenden extrem unterschiedlich. In den so genannten entwickelten Ländern spielt die Landwirtschaft mit weniger als vier Prozent eine marginale Rolle, während sie in Indien und anderen südasiatischen Ländern fast 70 Prozent der Frauen und knapp 45 Prozent der Männer ernährt. Und derweil sich

die Zahl der Industriearbeiterinnen in den traditionellen Industrieländern innerhalb der vergangenen beiden Jahrzehnte auf 10 Prozent halbiert hat, verdienen in China und Korea inzwischen fast 25 Prozent der Frauen ihr Geld in der Produktion.

Freilich sind all diese Zahlen mit Vorsicht zu genießen. Denn zum einen gibt es in vielen der 185 ILO-Mitgliedsländer keine zuverlässigen Statistikbehörden und die Daten werden aus Befragungen gewonnen. Zum anderen sind die ILO-Zahlen nicht vergleichbar mit den nationalen Veröffentlichungen zum Arbeitsmarkt, denen jeweils andere Berechnungskriterien zugrunde liegen. Selbstversorgung gilt in der offiziellen ILO-Perspektive zudem nicht als Arbeit, obwohl sie Menschen in einigen Weltregionen eine zuverlässigere Lebensgrundlage ermöglicht als ein bezahlter Job auf einer Plantage.

Annette Jensen

 Die Autorin lebt als freie Journalistin in Berlin.

 Weitere Informationen:
„Global Employment Trends for Women 2012“:
www.ilo.org/global/publications/books

Arbeitslos – die Definition

Vor über 30 Jahren haben sich Staatsvertreter, Gewerkschaften und Arbeitgebervertretungen der ILO-Mitgliedsländer geeinigt: Als arbeitslos gilt, wer zwischen 15 und 74 Jahre alt ist, Beschäftigung sucht und in der Erhebungswoche keine einzige Stunde für Geld gearbeitet hat. Während in den Industrieländern fast 90 Prozent der Frauen abhängig beschäftigt sind, arbeiten in südasiatischen Ländern wie Indien, Afghanistan und Bangladesh 85 Prozent der Frauen als Selbstständige oder mitarbeitende Familienangehörige.



Das Wort des Hausherrn zählt

In Jordanien fallen Hausangestellte seit fünf Jahren unter das allgemeine Arbeitsrecht. Ein großer Schritt in der Region – zumindest auf dem Papier.

Freitagvormittag in Jebel Amman, dem eng bebauten Innenstadtviertel der jordanischen Hauptstadt. Rund um die Hussein-Moschee schieben sich Jordanier an Läden vorbei, kaufen günstig Obst, Gemüse, Kleidung, Haushaltswaren. Hin und wieder sieht man eine Philippina, Indonesierin oder Sri Lankerin zwischen den Großfamilien. Am islamischen Ruhetag bekommen die wenigen glücklichen unter den ausländischen Hausangestellten, die im Land tätig sind, ihren freien Tag. Die meisten der 90.000 Arbeitskräfte – 80 Prozent davon Frauen – haben von Jebel Amman jedoch noch nie etwas gehört.



Foto: © TANKEEM

Misshandelt – nur einer von vielen Fällen

In der arabischen Welt ist jede fünfte arbeitende Frau eine ausländische Hausangestellte. Ihre Zahl hat sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt – ihre Rechte haben es nicht. Das zeigt eine Studie der Internationalen Arbeitsorganisation ILO. 99 Prozent der 2,1 Millionen Hausangestellten im Nahen Osten fallen demnach durch das Raster des Arbeitsrechts – so viel wie in keiner anderen Region der Welt. Am kritischsten ist ihre Lage in Saudi-Arabien, wo sogar knapp 50 Prozent der arbeitenden Frauen Hausangestellte sind, am besten ist sie in Jordanien. Zumindest auf dem Papier.

Bereits vor zehn Jahren hat das Königreich einen Standardvertrag für Hausangestellte aufgelegt, der Arbeitszeit und freie Tage regelt. Vor fünf Jahren dann der große Schritt: Die Regierung fasst die Hausangestellten unter den Schirm des jordanischen Arbeitsrechts. Doch die Situation verbessert sich kaum. In den Folgejahren stoppen die Philippinen, Sri Lanka und Indonesien die Entsendung von Arbeiterinnen. Über Drittländer

kommen sie trotzdem mit falschen Pässen. Mittlerweile ist die Hälfte der Arbeitskräfte ohne Papiere im Land, gab die Regierung Ende 2012 bekannt.

„Die Menschenrechtsverletzungen haben durch die gesetzliche Neuregelung nicht aufgehört“, sagt Linda al-Kalash, Direktorin von Tamkeen, einer Hilfsorganisation mit Sitz in Amman. Diese bemüht sich um die Rechte ausländischer Arbeitskräfte im Land. An manchen Tagen kommen mehr als ein Dutzend Arbeiterinnen in das Zentrum, die aus den Häusern ihrer Herren und Herrinnen geflohen sind. „Die meisten von ihnen haben den Lohn gar nicht oder nur unregelmäßig bekommen, und ihnen sind ihre Pässe abgenommen worden“, erzählt al-Kalash. „Oft wurden sie über lange Zeit im Haus festgehalten, manchmal mehr als zehn Jahre, und sind 24 Stunden im Dienst, ohne Pause.“

Viele der Fälle, die Tamkeen behandelt, erfüllen den Tatbestand von Zwangsarbeit und Menschenhandel. In manchen Fällen kommen physische und sexuelle Gewalt hinzu, die die papierlosen Arbeiterinnen in ausweglose Situationen treiben können. „Eine minderjährige Hausangestellte aus Indonesien war zu ihrer Botschaft geflüchtet. Die Mitarbeiter alarmierten die Polizei, die das Mädchen zurück zu ihrem Arbeitgeber brachte“, erinnert sich al-Kalash an einen Fall aus dem letzten Jahr. „Am nächsten Tag versuchte sie sich mit einem Sprung aus dem Fenster das Leben zu nehmen und brach sich den Rücken.“ 2011 sahen sechs Sri Lankerinnen keinen Ausweg mehr als den Suizid.



Foto: © TANKEEM

Traum statt Alptraum: Zeichnung einer entflohenen Maid

Der jordanische Staat setzt die Rechte der Hausangestellten nicht durch. Es gibt ein Beschwerdekomitee, dieses behandelt aber vor allem Eingaben von Arbeitgeberseite. Das Arbeitsministerium hat sieben Inspektoren eingesetzt, Hausbesuche

In Deutschland arbeiten 90 Prozent schwarz

Offiziell arbeiten in Deutschland zurzeit etwa 712.000 Menschen als Hausangestellte. Den Zahlen des Statistischen Bundesamtes steht jedoch eine hohe Dunkelziffer gegenüber. Der DGB schätzt, dass etwa 2,6 Millionen Frauen und Männer auf Teilzeitbasis in privaten Haushalten beschäftigt sind. 90 Prozent davon arbeiten ohne Vertrag, ohne Sozialversicherung und oft auch ohne Arbeitserlaubnis. Der DGB spricht von überwiegend prekären Arbeitsbedingungen.



Foto: © TANKEEM

Ob ihr Arbeitgeber bestraft wird? Jede Verurteilung ist ein Erfolg

machen diese allerdings nicht. Und Gerichtsverfahren dauern bis zu drei Jahre. Jede Verurteilung ist allerdings ein Erfolg. 2012 musste ein Arbeitgeber 24.000 Euro Kompensation bezahlen, weil er seine Hausangestellte sechs Jahre lang ohne Pause arbeiten ließ. „Viele betrachten die Frauen immer noch als ihr Eigentum. Um Bewusstsein zu schaffen, muss man einen langen Atem haben“, sagt al-Kalash.

Dennoch gibt es Fortschritte. Seit letztem Jahr werden Hausangestellten die Strafen erlassen, die sie beim Aufenthalt ohne Visum erwarten – umgerechnet 1,60 Euro pro Tag. Manche haben über die Jahre mehrere Tausend Euro Strafen angesammelt. Auch eine der 17 offiziellen Gewerkschaften wird nun für die Frauen aktiv. „In der Dienstleistungsgewerkschaft gibt es neuerdings einer Untergruppe für Hausangestellte“, sagt Nadia Shabana, Gender-Koordinatorin des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) im Nahen Osten. Zusammen mit dieser Gewerkschaft, mit der ILO und mit Tamkeen will der IGB eine breit angelegte Kampagne auflegen.

Ann-Kathrin Seidel

Die Journalistin lebt und arbeitet in Hannover, reist aber immer wieder nach Jordanien.

Mehr über Tamkeen: www.tamkeen-jo.org



Ganz oben und ganz unten

In der Türkei haben Frauen einen der höchsten Anteile von Spitzenjobs und zugleich eine der niedrigsten Beschäftigtenraten auf der Welt. Beides macht sie zu Zielen von Gewalt.

Dieser Tage wartete die englischsprachige Ausgabe der größten türkischen Tageszeitung „Zaman“ mit der Schlagzeile auf: „Die Anzahl der ermordeten Frauen in der Türkei ist um 5 Prozent gesunken.“ Die Quelle war Familienministerin Fatma Sahin – übrigens die einzige Frau im 27-köpfigen Kabinett von Ministerpräsident Tayyip Erdogan. Nachdem 2011 177 Frauen getötet wurden, seien es 2012 nur noch 163 gewesen. Dazu muss man wissen, dass es um die Anzahl von Frauen geht, die Opfer häuslicher Gewalt wurden. Die Gesamtzahl ermordeter Frauen ist wohl ungleich höher. Ein Anhaltspunkt, der die Situation von Frauen vielleicht genauer darstellt, ist die Zahl von Sexualdelikten insgesamt. Nach offiziellen Angaben von November 2012 stieg die Zahl von Sexualdelikten innerhalb von zehn Jahren von 8.000 im Jahr 2002 bis 2012 auf 30.000. Die Zahl der ermordeten Frauen insgesamt nahm um 400 Prozent zu.

für den Schutz von Frauen in ihrer Gemeinde sensibilisieren. „Die Imame“, sagt Ahmet Yıldiz, „müssen ihren Einfluss auf die Männer einsetzen, um gegen häusliche Gewalt vorzugehen“.

Zu den erschreckenden Zahlen über Gewalt gegen Frauen kommt ein weiterer dramatischer Befund: Laut TÜSIAD, dem Verband türkischer Industrieller, sind in der Türkei nur 29 Prozent aller Frauen erwerbstätig. Damit nimmt das Land den viertletzten Platz weltweit ein. Paradox scheint es da, dass erst im Januar mit Muharrem Yılmaz zum dritten Mal nacheinander eine Frau an die Spitze von TÜSIAD gewählt wurde. Überhaupt sind Frauen in der Türkei weit besser in Spitzenpositionen der Wirtschaft vertreten als in Deutschland oder anderen europäischen Ländern. Sie stellen zwölf Prozent aller Vorstandsmitglieder der großen börsennotierten Unternehmen. In Deutschland sind es gerade einmal 3,2 Prozent. Eine der mächtigsten Vorstandsvorsitzenden des Landes ist Güler Sabancı, die den zweitgrößten Konzern überhaupt dirigiert und demnächst auch in den Aufsichtsrat von Siemens einrücken soll. Auch bei Professorinnen oder Richterinnen hat die Türkei eine bessere Quote als Deutschland. Doch zwischen

So haben viele Spitzen-Frauen ihren Job geerbt. Die großen Konzerne sind überwiegend in Familienbesitz, und die alten Patriarchen sehen lieber ihre Töchter als familienfremde Manager im Management. Zudem ist die türkische Ökonomie stark auf den Dienstleistungsbereich ausgerichtet. Und dort haben es Frauen einfacher als in der Autoindustrie oder im Maschinenbau. Erfolgreiche Karrieren im Wissenschaftsbetrieb oder in der Justiz gehen dagegen noch auf die kemalistischen Reformen zurück. Es gab damals eine Art Staatsfeminismus, der die Gleichberechtigung der Frau von oben durchsetzen wollte. Das hat aber nur innerhalb einer relativ kleinen urbanen Schicht geklappt, die breite Masse hat die Reformen verweigert.



Foto: © Nejla Osseiran

Mädchen und Frauen aller Altersklassen fühlen sich bedroht



Foto: © Nejla Osseiran

177 Frauen wurden 2011 von Familienmitgliedern getötet: Demonstration im Istanbul Stadtteil Beyoğlu

Dieses Bild bestätigt auch ein Bericht der Gewerkschaft Diyanet-Sen. Das ist die Gewerkschaft für die Beschäftigten der türkischen Religionsbehörde. Rund 100.000 Frauen sollen zwischen 2005 und 2010 Opfer sexueller Übergriffe geworden sein, oft im häuslichen Rahmen. Der Vorsitzende der Gewerkschaft, Ahmet Yıldiz, befürchtet, dass die Dunkelziffer noch viel höher ist: „Fast die Hälfte der Frauen erstattet aus Scham oder Angst vor Repressalien keine Anzeige.“ Diyanet-Sen will deshalb die Imame der örtlichen Moscheen stärker

diesen letztlich doch wenigen Frauen ganz oben und allen anderen Frauen klafft eine riesige Lücke. Die meisten haben gar keinen Job, sind freiwillig oder auf Druck der Familie auf den Haushalt reduziert und werden dann auch noch häufig Opfer häuslicher Gewalt. Jede zweite Frau gibt an, innerhalb der Familie schon physisch oder psychisch misshandelt und bedroht worden zu sein. Dieses uneinheitliche Bild hat zum Teil damit zu tun, dass die türkische Gesellschaft immer noch extrem patriarchal strukturiert ist.

Heute ist das traditionell-konservative Patriarchat auch in der Regierung wieder Mainstream und die Parole, die Frau habe zu Hause zu bleiben und mindestens drei Kinder zu gebären und aufzuziehen, fast schon wieder Staatsdoktrin. Allerdings ist das 21. Jahrhundert doch spürbar: Auch wenn immer noch mehr Frauen als Männer nicht lesen und schreiben können, haben doch immer mehr einen Schulabschluss oder gehen zur Universität. Selbst Frauen auf dem Land sind durch Fernsehen und andere moderne Kommunikationsmittel nicht mehr so isoliert wie noch vor 20 Jahren. „Die Frauen wollen die traditionelle Rollenverteilung oft nicht mehr widerspruchsfrei akzeptieren“, sagte Nebahat Akkoc von der Frauenorganisation KAMER auf einer Veranstaltung in Diyarbakir. „Männer reagieren darauf zunehmend mit Gewalt.“ Das sei auch ein Grund für die vielen Morde an Frauen.

Jürgen Gottschlich

Der Autor lebt als freier Journalist in Istanbul.

Weitere Infos: OECD-Bericht zur Ausbildungs- und Beschäftigungssituation: www.oecd.org/edu/; ITUC-Bericht zum Schutz von Beschäftigten: www.ituc-csi.org/turkey-new-ituc-report-highlights.html



Gewerkschafter wehren sich gegen die dunkle DHL-Seite

Die Solidarität mit den Beschäftigten des Deutsche Post Logistik-Konzerns DHL in der Türkei wächst. Das dortige Management schert das wenig, es droht: „Ihr braucht morgen nicht mehr wiederkommen.“

Der Logistikkonzern Deutsche Post DHL erpresst seine Mitarbeiter in der Türkei. Die Beschäftigten sollen der neuen „gelben Gewerkschaft“ TAŞIMA-IŞ beitreten oder aber den Betrieb verlassen. Mit der türkischen Transportarbeitergewerkschaft TÜMTIS will das in der Türkei ansässige DHL-Management nicht verhandeln. Das hatten ver.di, die Internationale Transportarbeiter-Gewerkschaft ITF und der internationale Zusammenschluss der Dienstleistungsgewerkschaften gefordert.

„Wenn ihr heute nicht TAŞIMA-IŞ beitreten, braucht ihr morgen nicht mehr wiederkommen“ – mit diesen Worten würden die Leute jetzt bedrängt, erzählt die ver.di-Vertreterin Malene Volkers. Sie hat die Arbeiter in der Türkei besucht. Seit gut zwei Jahren versucht TÜMTIS, die Beschäftigten bei DHL Türkei zu organisieren. Diese hat mit Repressalien im Betrieb reagiert – mit Diskriminierungen und Rausschmiss von Gewerkschaftsmitgliedern. Die Gekündigten demonstrieren nun seit Monaten vor den Toren der Auslieferungslager von DHL in Istanbul-Esenyurt und in Gebze. Auch in den Auslieferungslagern der DHL in Ankara, Samsun und weiteren Städten, weigert sich der Konzern, das Recht der Mitarbeiter auf gewerkschaftliche Organisation anzuerkennen.

Jetzt versucht das Management, TÜMTIS auszubooten, indem es mit einer Ende 2012 neu gegründeten, offensichtlich „gelben“ Gewerkschaft zusammenarbeitet. Diese Gewerkschaft, TAŞIMA-IŞ, gegründet im Dezember 2012, hat Ende Januar die Mitgliedschaft in dem Gewerkschaftsdachverband HAK-IŞ beantragt. Dies ist der Zusammenschluss islamischer, regierungsnaher Gewerkschaften, der mit den anderen türkischen Gewerkschaftsbünden konkurriert.

Eine große Delegation von ver.di besuchte die protestierenden DHL-Mitarbeiter am 4. und 5. Februar im DHL-Warenumschlaglager in Gebze, um dort gemeinsam zu demonstrieren. Die stellvertretende ver.di Vorsitzende Andrea Kocsis forderte die Deutsche Post als verantwortlichen Mutterkonzern dazu auf, endlich auch in ihrer türkischen Niederlassung für eine partnerschaft-

lichen Zusammenarbeit mit der zuständigen Gewerkschaft TÜMTIS zu sorgen. Die deutsche DHL-Zentrale rechtfertigt sich bislang damit, ihr türkisches Unternehmen würde sich legal im Rahmen der türkischen Gesetze verhalten. Doch das stimmt nicht. Bei acht von bislang 25 Rauswürfen hat ein Gericht bereits die Kündigung als illegal beurteilt, in zwei Fällen wurde explizit festgestellt, dass der Rauswurf ausschließlich wegen des gewerkschaftlichen Engagements der Mitarbeiter erfolgte.

Trotzdem können die Leute nicht zurück in den Betrieb. Nach türkischem Recht müssen die Arbeitgeber die Betroffenen nicht wieder einstellen. Sie können ihnen eine Abfindung zahlen, was sie

TÜMTIS zu akzeptieren und mit ihr einen Tarifvertrag abzuschließen.“ Bislang bekommen die Beschäftigten monatlich rund 400 Euro, Überstunden, die regelmäßig anfallen, werden nicht bezahlt.

Setzt sich die Strategie mit der „gelben“ Gewerkschaft TAŞIMA-IŞ durch, wird sich daran nichts ändern. UNI Global und die Internationale Transportarbeitergewerkschaft IFT haben deshalb den Vorsitzenden von TAŞIMA-IŞ, Mahmut Arslan, in einem Brief aufgefordert, die jahrelang Arbeit von TÜMTIS nicht länger zu unterlaufen – andernfalls würde sich TAŞIMA-IŞ als Arbeitnehmervertretung „völlig unglaubwürdig machen“. Die in London ansässige IFT hat sich nicht aufs Brief schreiben beschränkt. Bei der diesjährigen Londoner Fashion Week stellte sie den Hauptsponsor der Modewoche, DHL, an den Pranger. Vor dem zentralen Veranstaltungsort, dem Somerset House, ließ IFT Models auftreten, die Kleider aus DHL-Verpackungsmaterial trugen. Die Models verteilten Flugblätter, auf denen die Verstöße des Unternehmens gegen Arbeitnehmerrechte aufgelistet



Foto: © ver.di

Gemeinsam stärker. Bisher bekommen die Beschäftigten monatlich rund 400 Euro

in aller Regel tun. Die Leute geben dennoch nicht auf, sagt Volkers, die mit einer internationalen Delegation von Gewerkschaftern aus fünf Ländern Mitte Februar erneut in Istanbul war: „Die Streikenden haben sich einen schon einmal von der Polizei abgerissenen Unterstand vor dem Werkstor erneut aufgebaut. Sie sind immer noch optimistisch, dass mit der großen internationalen Solidarität DHL gezwungen wird, ihre Gewerkschaft

sind. Generalsekretär Stephen Cotton sagt: „Wir werden der Öffentlichkeit diese dunkle Seite von DHL wieder und wieder vor Augen führen, bis es sein Image repariert und alle seine Beschäftigten würdig behandelt.“

Jürgen Gottschlich

 Der Autor lebt als freier Journalist in Istanbul.



Gewerkschaften für Foxconn

Interessiert, aber skeptisch hat der globale Dachverband der Industriegewerkschaften, Industriall, auf die Ankündigung des asiatischen IT-Zulieferers Foxconn reagiert, voraussichtlich im Juli 2013 erstmals gewerkschaftliche Vertretungen in seinen Betrieben wählen zu lassen. Dass Beschäftigte stärker in Gremien und andere Strukturen eingebunden werden sollen, erklärte das Unternehmen bereits im März 2012, nachdem die Nichtregierungsorganisation Fair Labor Association Berichte über haarsträubende Arbeitsbedingungen und Suizide bei Foxconn veröffentlicht hatte. Trotzdem gab es weiterhin unfaire Praktiken, bis zu 80 Überstunden im Monat und sogar Schlägereien in den Werken. Deshalb sei „unklar, wie transparent der Prozess (der Wahlen) sein werde und wie viele der neuen Gewerkschaftsvertreter tatsächlich demokratisch von den Arbeitern gewählt werden“ könnten, heißt es auf www.industriall-union.org. „Wirklich effektiv arbeiten werden die Gewerkschafter aber ohnehin nur können, wenn gewählte Arbeitnehmervertreter auf allen Ebenen auch gesetzlich geschützt werden.“

 Weitere Informationen: www.industriall-union.org

Filmtipp „No“

17 Jahre, von 1973 bis 1990, regierte der General und Diktator Augusto Pinochet Chile, nachdem er durch einen von den USA geplanten Militärputsch an die Macht gekommen war. Unter ihm werden zehntausende Menschen gefoltert, tausende Oppositionelle ermordet, er zerschlägt die Gewerkschaften und das Arbeitsrecht und baut Chile neoliberal um. Als der internationale Druck wächst, will er seine Macht 1990 durch ein Referendum festigen – davon ausgehend, dass er genug Medienmacht besitzt, um das Ergebnis zu kontrollieren. Er verliert. Warum, das ist bis heute nicht ganz klar. Eine fiktive, aber gar nicht mal so unwahrscheinliche Idee liefert nun der Film „No“



Foto: © Piffi Medien

Gael García Bernal als „No“-Erfinder

des chilenischen Regisseurs Pablo Larraín: Für die Gegenkampagne heuern die Oppositionellen einen jungen Werbefachmann (Gael García Bernal) an, der bis dato eher Softdrinks verkauft hat. Dieser plakatiert und überschwemmt das Land mit der Botschaft „No“ (zu Pinochet). An diesem roten Faden entlang erzählt der Film von Opfern, aber vor allem auch von Profiteuren des Pinochet-Regimes und liefert so ein Stück Aufklärung. Kinostart: 7. März 2012

 Weitere Informationen: www.no-der-film.de

Weltweit 23,4 Millionen Hausangestellte arbeiten ohne freien Tag

Weltweit arbeiten mindestens 52 Millionen Menschen als Hausangestellte, 45 Prozent davon haben nicht einmal das Anrecht auf einen freien Tag in der Woche. Das zeigt ein Report, den die Internationale Arbeitsorganisation ILO im Januar veröffentlicht hat. 2011 hatte die UN-Sonderorganisation eine Konvention über menschenwürdige Arbeit in diesem Sektor beschlossen, der 7,5 Prozent aller Frauen beschäftigt. Sie tritt im September 2013 in Kraft. Die Bundesregierung plant, das entsprechende Ratifizierungsgesetz dieser Tage dem Bundestag vorzulegen. Der ILO-Report soll eine Grundlage dafür liefern, künftige Verbesserungen in der Branche zu messen.

 Weitere Informationen: www.ilo.org/travail/Whatsnew

Betatschen, Vergewaltigen, Kündigen

Wann darf oder muss man eigentlich von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz reden? Zählen sexistische Sprüche schon dazu, ab wann werden Berührungen übergriffig? Oder auch: Was ist denn tatsächlich alles schon vorgekommen? Wie kann man sich wehren? Mit diesen Fragen beschäftigt sich die Kampagne „Decisions For Life“, mit der der Internationale Gewerkschaftsbund gezielt junge Frauen ansprechen und aufklären will, in einer im Februar erschienenen Broschüre „Sexual Harrassment“. Sie ist vor allem als Kampagnenmaterial für Südafrika gedacht, wo die 17-jährige Anine Booyen aus Bredasdorp Anfang Februar von mehreren Männern vergewaltigt sowie verstümmelt worden war und dann hilflos am Tatort verstarb. Der Fall hatte für einen ähnlichen Aufschrei gesorgt wie die Vergewaltigung und Ermordung einer indischen Studentin im Dezember

(s. Seite 1). Das Heft versammelt anschauliche Fallbeispiele sowie Anregungen zur Selbstorganisation und -hilfe, die auch für Mädchen und Frauen in anderen Ländern interessant sein könnten.

 Weitere Informationen: Broschüre „Sexual Harrassment“: www.ituc-csi.org/south-africa-decisions-for-life-12884

Gewerkschaftsfreie Bananen garantiert

250.000-mal wurde der Kurzfilm „Agraprofit“ des Weltladendachverbands und des Biolandbauverbands Naturland in den ersten drei Wochen nach Start auf Youtube angeklickt, auf Twitter macht er die Runde. Dabei geht es um ausbeuterische Kinderarbeit, Gewerkschaftsverbot, Pestizideinsatz und Umweltrudung. Der Film porträtiert den fiktiven Lebensmittelkonzern Agraprofit, der tatsächlich auf einem Wochenmarkt Bananen, Schokolade und Wurst verkauft und dabei offensiv mit Sklaverei, Gewerkschaftsfeindlichkeit und Naturzerstörung wirbt. „Deshalb ist hier alles so fair, alles so günstig.“ Die Reaktionen der Kunden zeigen, wie anfällig sie für die entsprechende Präsentation sind. Unbedingt gucken und weiterverbreiten!

 Weitere Informationen: www.youtube.com/watch?v=pgCD-4Q-4Wo

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
Vorsitzende: Ingrid Sehrbrock
Geschäftsführerin: Claudia Meyer
Verantwortlich: Jens Martens
Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Wilms
Satz: Achim Konopatzki

DGB Bildungswerk BUND
Nord-Süd-Netz
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
Tel.: 0211/4301-333, Fax: 0211/4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de
www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

Spendenkonto: SEB Bank AG,
Kto 101 600 9300, BLZ 300 101 11

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.
Mit finanzieller Unterstützung des BMZ.

BMZ  Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

 **Zukunftsentwickler.**
Wir machen Zukunft.
Machen Sie mit.